

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode

28.10.2025

Drucksache 19/8670

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm, Richard Graupner, Johannes Meier, Markus Walbrunn, Roland Magerl, Franz Schmid, Elena Roon, Andreas Winhart, Matthias Vogler und Fraktion (AfD)

Zukunft gestalten: Jetzt in Ausbildung und Fachkräfte investieren!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass rund 30 Prozent der Ausbildungsbetriebe keine Auszubildenden finden, während in Bayern zeitgleich 35 000 Jugendliche und junge Erwachsene arbeitslos sind (Stand: September 2025) und die Abbruchquote bei Ausbildungen auf 12 Prozent gestiegen ist (Drs. 19/3778).

Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf allen Ebenen und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln für die Duale Ausbildung einzusetzen, Berufsorientierungsprogramme zu stärken und Leistungsanreize für Auszubildende zu schaffen.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf die Gleichstellung von Dualer Berufsausbildung und Studium einzuwirken und dabei folgende Maßnahmen vorzunehmen:

- Kostenvergünstigungen und Leistungsverbesserungen für bessere Mobilität
- Förderung des Baus von "Azubi-Wohnheimen"
- Beseitigung offener oder versteckter Ausbildungskosten (z. B. für Materialien und Prüfungsgebühren)
- Stipendienprogramme f
 ür Hochbegabte im Bereich der beruflichen Bildung

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, auf die Umsetzung folgender Maßnahmen einzuwirken:

- Ausbildungsabschlussprämien wie bspw. den Erlass der Führerscheingebühr bei erfolgreichem Abschluss der Ausbildung mit einem Notendurchschnitt von mind. 2,5
- Verbesserungen von Beratungs- und Vermittlungsangeboten: systematische Entrümpelung, sorgfältige Evaluierung und zentrale Bündelung der vielfältigen Berufsorientierungs- und Bildungsmaßnahmen, um unnötige Maßnahmenschleifen zu vermeiden
- finanzielle Unterstützung kommunaler Projekte

Begründung:

Trotz eines historisch hohen Angebots an Ausbildungsplätzen bleiben in Deutschland weiterhin zahlreiche junge Menschen ohne Ausbildungsplatz. Auch in Bayern zeigt sich eine steigende Jugendarbeitslosigkeit. Außerdem sind etliche Bewerberinnen und Bewerber unversorgt, mit steigender Tendenz. Des Weiteren ist die Zahl der Jugendlichen, die in Bayern die Schule ohne Abschluss verlassen, auf 4 878 angestiegen. Hinsichtlich

des Fachkräftemangels ist das ein alarmierender Zustand. Er verdeutlicht die Notwendigkeit, die berufliche Bildung zu stärken und strukturelle sowie finanzielle Hürden abzubauen.

Die Duale Berufsausbildung muss in ihrer Attraktivität und Förderung dem Studium gleichgestellt werden. Kostenvergünstigungen und Leistungsverbesserungen würden die Mobilität junger Menschen erhöhen und den Zugang zu Ausbildungsplätzen erleichtern. Der Bau von "Azubi-Wohnheimen" hilft dabei, unabhängig vom Wohnort eine hochwertige Ausbildung zu absolvieren. Die Beseitigung versteckter Kosten etwa für Materialien oder Prüfungsgebühren senkt die finanzielle Belastung der Auszubildenden. Stipendienprogramme für Hochbegabte fördern gezielt Talente im beruflichen Bildungssystem und stärken den Fachkräftenachwuchs. Prämien, wie der Erlass der Führerscheingebühren bei erfolgreichem Abschluss, setzen positive Anreize für Leistungsbereitschaft und Motivation. Sie belohnen Engagement und tragen dazu bei, die Abschlussquote zu erhöhen.

Neben Anreizen braucht es eine systematische Entrümpelung und Evaluierung der Vielzahl an Berufsorientierungs- und Bildungsmaßnahmen, um "Maßnahmenschleifen" zu verhindern und Jugendliche sowie junge Erwachsene gezielt zu fördern. Kommunen spielen eine Schlüsselrolle bei der Vernetzung von Schulen, Betrieben und Jugendlichen. Durch gezielte finanzielle Förderung kommunaler Projekte können lokale Initiativen gestärkt, praxisnahe Ausbildungsangebote erweitert und Jugendliche direkt in den Ausbildungsmarkt integriert werden.

Die Berufsausbildung stellt trotz struktureller Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt einen zentralen Baustein für die Sicherung des zukünftigen Fachkräftebedarfs dar. Angesichts der alarmierenden Entwicklungen in den Arbeitsmarktstatistiken ist es dringend geboten, die berufliche Ausbildung auf der politischen Agenda zu priorisieren. Zu lange hat sich Bayern auf historisch gewachsene, vermeintlich selbsttragende Strukturen verlassen, ohne die Notwendigkeit struktureller Anpassungen und gezielter Fördermaßnahmen ausreichend zu berücksichtigen.